

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020

Per Haftbefehl gesuchte, bewaffnete oder als Gefährder eingestufte Neonazis

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Kleine Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Kleine Anfrage wie folgt:

1. Gegen wie viele Personen aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts mit letztem bekannten Wohn- oder Aufenthaltsort im Land Bremen lagen zum letzten Stichtag offene Haftbefehle vor? Bitte aufschlüsseln nach PMK-Delikten, Gewaltdelikten ohne PMK-Bezug, Gewaltdelikten mit PMK-Bezug, Waffenkriminalität und anderen Delikten.

Zum Stichtag 31. März 2020 lag im Land Bremen zu einer Person aus dem Phänomenbereich PMK-rechts ein offener Haftbefehl vor.

2. Wann, mit welchem Haftgrund und wegen welchen Delikts (geordnet nach Priorität) wurden die in Frage 1 genannten Haftbefehle ausgestellt?

Der Haftbefehl wurde am 17. Januar 2020 zur Strafvollstreckung wegen eines Verstoßes nach dem Betäubungsmittelgesetz ausgeschrieben.

3. Was sind jeweils die Gründe, weshalb diese Haftbefehle unvollstreckt blieben?

Der Haftbefehl wurde durch die Staatsanwaltschaft Bremen erlassen. Die Person hat jedoch keinen Wohnsitz oder Kontakte in Bremen. Der Haftbefehl ist auf eine Geldstrafe, ersatzweise Freiheitsstrafe ausgestellt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Vollstreckung der Freiheitsstrafe außer Kraft gesetzt.

4. Wie hat sich die Zahl der unvollstreckten Haftbefehle gegen Personen aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts mit letztem bekannten Wohn- oder Aufenthaltsort im Land Bremen seit 2011 entwickelt?

Der Abteilung Staatsschutz liegen Aufzeichnungen über Erhebungen seit September 2013 vor, die wie folgt tabellarisch dargestellt sind.

Erhebung	09/ 2013	03/ 2014	09/ 2014	03/ 2015	09/ 2015	03/ 2016	09/ 2016	03/ 2017	09/ 2017	03/ 2018	09/ 2018	03/ 2019	09/ 2019	03/ 2020
Offene Haftbefehle	1	4	3	7	5	3	10	7	6	5	7	6	6	1
zu Anzahl Personen	1	3	3	7	4	3	9	5	5	4	6	5	6	1
Personen davon in HB wohnh.	1	3	2	6	3	2	5	3	4	2	4	3	5	0

Eine wesentliche Entwicklung der Zu- oder Abnahme der offenen Haftbefehle lässt sich für den Bereich PMK-rechts nicht feststellen. Bis auf die

Erhebungen zum Stichtag im September 2016 beläuft sich die Anzahl der Haftbefehle gegen Personen im einstelligen Bereich.

Jeweils am Ende des ersten und dritten Quartals werden die offenen Haftbefehle geprüft. PMK-Fälle werden besonders betrachtet. Die für die Haftbefehle zuständigen Dienststellen werden hinsichtlich einer zeitnahen Vollstreckung der Haftbefehle von politisch motivierten Tätern sensibilisiert.

Es ist anzumerken, dass es sich bei den Erhebungszahlen um Momentaufnahmen zu einem jeweiligen Stichtag handelt. Ferner ist zu beachten, dass für Personen, die sich aufgrund einer erfolgten Abschiebung oder Ausreise im Ausland befinden, die Haftbefehle fortlaufend weiterbestehen.

5. Inwieweit hat der Senat Kenntnis von offenen Haftbefehlen gegen Personen aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts, die zwar nicht (mehr) im Land Bremen wohnen, jedoch sonstige Bezüge zu Bremen oder Bremerhaven haben?

Im Rahmen der Sitzungen der AG Personenpotenziale „Offene Haftbefehle“ im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Rechts (GETZ)-R werden vorliegende Erkenntnisse zu den thematisierten Personen zusammengetragen. Sofern Bezüge nach Bremen bekannt sind, werden diese mitgeteilt. Zum Stichtag 31. März 2020, lagen keine entsprechenden Hinweise vor.

6. Wie viele Personen im Phänomenbereich der PMK-rechts sind aktuell durch bremische Polizeibehörden jeweils als „Gefährder“ oder als „Relevante Person“ eingestuft? Gegen wie viele von ihnen liegt ein offener Haftbefehl vor?

Im Phänomenbereich der PMK-rechts sind aktuell in Bremen eine Person als „Gefährder“ und eine als „Relevante Person“ eingestuft. Gegen diese Personen liegen zurzeit keine Haftbefehle vor.

7. Inwieweit hat der Senat Kenntnis über die Einstufung als „Gefährder“ oder als „Relevante Person“ von Personen aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts, die zwar nicht (mehr) im Land Bremen wohnen, jedoch sonstige Bezüge zu Bremen oder Bremerhaven haben? Gegen wie viele von ihnen liegt ein offener Haftbefehl vor?

Turnusmäßig findet ein Austausch zu den Personen in der oben genannten AG Personenpotenziale im GETZ-R statt. Zum Stichtag 31. März 2020, lagen keine entsprechenden Hinweise vor.

8. Wie viele im Land Bremen gemeldete Personen, über die behördliche Erkenntnisse (Polizei und/oder Verfassungsschutz) aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts oder über andere rechtsextremistische Aktivitäten vorliegen, sind nach Kenntnis des Senats zum Führen einer Waffe berechtigt? Bitte differenzieren nach Kleiner Waffenschein und Waffenschein.

Wenn Sicherheitsbehörden zu Personen extremistische Erkenntnisse erlangen, prüfen sie, ob diese im Zentralen Waffenregister verzeichnet sind. Bei einem „Treffer“ werden die Waffenbehörden unverzüglich zur Prüfung waffenrechtlicher Einschränkungen informiert.

Die Erhebung der Personen aus dem Bereich PMK-rechts, die zum Führen einer Waffe berechtigt sind, ist ein elementarer Bestandteil der gefahrenabwehrenden Tätigkeit der neu etablierten Sonderkommission Rechts beim LKA Bremen. Die Überprüfung des bekannten Personenkreises der PMK-rechts ist abgeschlossen und ergab keinen Treffer.

Grundsätzlich wird jeder Antragsteller vor Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis durch Abfrage der Waffenbehörde bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und – seit dem Inkrafttreten des 3. Waffenrechtsänderungsgesetz im Februar 2020 – beim Landesamt für Verfassungsschutz zur

Beurteilung der Zuverlässigkeit in den vorhandenen Datensystemen abgeprüft. Darüber hinaus erfolgten, zum Beispiel nach Eingang entsprechender Hinweise, anlassbezogene Abgleiche zwischen dem bekannten Personenpotenzial – rechts – und dem zentralen Waffenregister.

Über diese Anlassprüfungen hinaus findet alle drei Jahre eine Regelüberprüfung statt. Auch hierüber erlangt die Waffenbehörde die erforderlichen Erkenntnisse, um Widerrufsverfahren, Versagungen oder ein allgemeines Waffen- und Munitionsverbot zu begründen. Bei Vorliegen entsprechender Erkenntnisse werden diese Verfahren in jedem Fall eingeleitet.

9. Wie viele im Land Bremen gemeldete Personen, über die behördliche Erkenntnisse (Polizei und/oder Verfassungsschutz) aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts oder über andere rechtsextremistische Aktivitäten vorliegen, verfügen nach Kenntnis des Senats über eine Waffenbesitzkarte? Bitte differenzieren nach waffenrechtlichen Bedürfnissen.

Der Senat verfolgt eine konsequente Strategie, nach der keine Waffen in die Hände von Extremisten gehören. Entsprechend ist die Erlasslage für die Behörden ausgestaltet. Unter Ausschöpfung aller rechtlichen Instrumente wird daher daran gearbeitet, dass Rechtsextremisten erst gar nicht in den Besitz von legalen Waffen gelangen oder ihnen bei Bekanntwerden umgehend die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen werden.

Die Prüfung der Daten durch die Sonderkommission Rechts beim LKA Bremen ist abgeschlossen. Es konnten keine Erkenntnisse gewonnen werden, dass Personen aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts über eine Waffenbesitzkarte verfügen.

10. Welche waffenrechtlichen Verstöße von im Land Bremen gemeldeten Personen, über die behördliche Erkenntnisse (Polizei und/oder Verfassungsschutz) aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts oder über andere rechtsextremistische Aktivitäten vorliegen, sind dem Senat in den Jahren 2015 bis 2019 bekannt geworden, und wie wurden diese Verstöße geahndet?

Bei der Staatsanwaltschaft Bremen sind für den genannten Zeitraum folgende Verfahrensausgänge wegen Straftaten gegen das Waffengesetz vermerkt:

- ein Verfahren ist bei der Staatsanwaltschaft noch anhängig;
- ein Verfahren wurde gemäß § 154 Absatz 1 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt;
- in einem Verfahren wurde, allerdings wegen des Tatvorwurfs der Beleidigung, Anklage erhoben;
- drei Verfahren richteten sich gegen denselben Beschuldigten. Eines dieser Verfahren wurde mangels hinreichenden Tatverdachts gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt. Die beiden anderen wurden zu einem weiteren Verfahren mit einem anderen Tatvorwurf verbunden. Es erfolgte eine Verurteilung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten;
- ein Verfahren, welches bei der Staatsanwaltschaft wegen des Tatvorwurfs der Bedrohung und nicht des Verstoßes gegen das Waffengesetz geführt wurde, ist mangels hinreichenden Tatverdachts gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt worden;
- in einem Verfahren wurde eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 30,00 Euro verhängt.

Den Waffenbehörden werden waffenrechtliche Verstöße (Straftaten wie Ordnungswidrigkeiten) durch die Polizei mitgeteilt, wenn es sich um einen Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis oder/und eines Jagdscheins

oder um einen Sportschützen handelt. In diesen Fällen wird durch die zuständige Waffenbehörde ein Widerrufsverfahren eingeleitet.

Darüber hinaus erfolgt auf Hinweis der Polizei die Prüfung eines allgemeinen Waffenerwerbs- und Besitzverbots nach § 41 Waffengesetz (WaffG) durch die Waffenbehörden.

Zudem besteht in Bremen die Erlasslage, nach der Anhänger der sogenannten Reichsbürgerbewegung und als Extremisten eingestufte Personen die erforderliche Zuverlässigkeit im Sinne des § 5 WaffG nicht besitzen. Bei entsprechenden Erkenntnissen werden Anträge auf Waffen-erlaubnisse abgelehnt und bereits erteilte Erlaubnisse widerrufen. In der Stadtgemeinde Bremen wurden in den Jahren 2015 bis 2019 in sechs Fällen der Kleine Waffenschein und in zwei Fällen die Waffenbesitzkarte widerrufen, in zwei Fällen wurde zusätzlich ein allgemeines Waffenerwerbs- und -besitzverbot verhängt.

Auch wegen der Mitgliedschaft in der NPD wurden in Bremen bereits waffenrechtliche Erlaubnisse widerrufen. Das Verwaltungsgericht hat die Entscheidung bestätigt, die darauf gestützt wurde, dass diese Partei elementare Verfassungsgrundsätze und Menschenrechte ablehnt und insgesamt verfassungsfeindliche Ziele verfolgt (siehe VG Bremen, Urteil vom 8. August 2014, Az.: 2 K 1002/13).

Darüber hinaus ist auf die folgenden waffenrechtlichen Verfahren anlässlich rechtsextremistischer Aktivitäten zu verweisen:

- zwei Verfahren endeten mit einem Widerruf des Kleinen Waffenscheins;
- zwei weitere auf den Widerruf Kleiner Waffenscheine gerichtete Verfahren haben sich vor deren Abschluss erledigt; zum einen durch Wegzug der betroffenen Person aus dem örtlichen Zuständigkeitsbereich der Behörde, zum anderen durch das Versterben der betroffenen Person;
- in einem Verfahren wurde im Jahr 2020 ein allgemeines Waffenerwerbs- und -besitzverbot erlassen.

Die für die Waffenbehörden genannten Zahlen beziehen sich auf Verfahren in der Stadtgemeinde Bremen. In der Stadtgemeinde Bremerhaven wird eine entsprechende Statistik ab Mai 2020 geführt.